

к наступившим в результате этого преступления последствиям, с которыми связывает повышенную уголовную ответственность.

После принятия УК Республики Беларусь, УК Российской Федерации и УК некоторых зарубежных стран в научной литературе стали вновь появляться критические публикации, посвященные исследованию сложной вины.

В частности, Нерсисян В.А. полагал, что деяния, содержащие признаки ст. 27 УК Российской Федерации, необходимо признавать не умышленными, не неосторожными. В соответствии с законодательной моделью сложной вины все преступление признается в целом умышленным, хотя к более тяжким последствиям имеет место неосторожная форма вины.

С учетом этих обстоятельств белорусский ученый Н.А. Бабий предложил отказаться от модели сложной вины и квалифицировать действия по совокупности преступлений. Сходную позицию занимают и некоторые другие ученые.

Вопрос сложной вины до сих пор остается актуальным. На наш взгляд, необходимо либо отказаться от конструкции сложной вины, либо квалифицировать действия субъектов по совокупности преступлений.

Литература

1. Уголовное право. Общая часть: Учебник для студ. вузов, обуч. по напр. и спец. «Юриспруденция» / Г.Н.Борзенков, М.Н.Голоднюк, В.И.Зубкова и др.; Под ред. Н.Ф.Кузнецовой, Ю.М.Ткачевского, Г.Н.Борзенкова. - М. : Изд-во Московского ун-та, 1993. - 368с.
2. Курс уголовного права: Учебник для вузов: В 5 т. Т.5 : Особенная часть / М.Н.Голоднюк, В.И.Зубкова, В.С.Комиссаров, и др. / МГУ им. М.В.Ломоносова. Юрид. фак.; Под ред. Г.Н.Борзенкова, В.С.Комиссарова. - М. : Зерцало-М, 2002. - 502с.

DIE REFORM DES SYSTEMS KOLLEKTIVER SICHERHEIT DER VEREINTEN NATIONEN

S. V. Gorbatschenko

Bewaffnete Konflikte stellen immer eine Gefährdung des Friedens und der Sicherheit dar. Aber heute gibt es schon andere gegenwärtige Herausforderungen und Gefahren.

Ganz allgemein formuliert versteht man unter Sicherheit das Fehlen tatsächlicher oder subjektiv empfundener Gefahr oder Bedrohung.

Bezogen auf einen Staat lassen sich die Gefahren in zwei Bereiche unterteilen. Der eine Bereich beinhaltet jene Gefahren, die von außen auf den Staat einwirken. Die andere Gruppe subsumiert jene Gefahren, die im Staat selbst entstehen.

Gefahren für die nationale Sicherheit eines Staates können freilich auch mehrere, etwa in internationalen Organisationen zusammengeschlossene Staaten betreffen. Hier ist dann die internationale Sicherheit betroffen, die je nach Umfang der Staaten, die in einer internationalen Organisation vereinigt sind, in regionale und globale Sicherheit eingeteilt werden kann.

Als Gefahren für die internationale Sicherheit mehrerer Staaten können angedrohte, bevorstehende oder tatsächliche Interventionen in die äußeren und inneren Angelegenheiten eines Staates oder mehrerer Staaten gelten.

Man darf aber andere Arten von Gefahren nicht vergessen. Das sind neben traditionellen politisch-militärischen auch ökonomische, ökologische, demographische und in zunehmendem Maße informationstechnologische Aspekte. Aus diesem Grunde gibt es heute vielschichtige Dimensionen von Sicherheit.

Der Sicherheitsbegriff wurde demnach in den vergangenen Jahrzehnten erweitert. Wir können den Begriff kollektiver Sicherheit auf folgende Art und Weise formulieren:

Unter kollektiver Sicherheit versteht man die Zusammenarbeit der Staaten in der Sphäre des internationalen Friedens und der Sicherheit, der Aufdeckung von Bedrohungen und Herausforderungen, die politische, militärische, ökonomische, ökologische und andere Aspekte mit einbeziehen. Unter diesem Begriff fasst man eine auf vertraglicher Vereinbarung beruhende internationale Ordnung, deren Schutz einer internationalen Staatenorganisation übertragen ist.

Vor kurzem entstand das Prinzip der kollektiven Sicherheit als internationales Ordnungssystem. Im Statut des Völkerbundes wurde es erstmals niedergeschrieben. Heute finden sich wesentliche Elemente in der Satzung der Vereinten Nationen, ohne dass der Begriff «kollektive Sicherheit» dort allerdings erwähnt wird.

Das Prinzip der kollektiven Sicherheit stellt demnach ein Verfahren dar, in dem das Nicht-Einhalten des Verbotes der Gewaltanwendung durch einen Staat dazu führt, dass alle anderen Staaten in gemeinschaftlicher Aktion gegen den Angreifer vorgehen.

Im Zusammenhang hiermit ist Artikel 39 der Satzung der Vereinten Nationen wichtig. Der Begriff «Weltfriede und internationale Sicherheit» ist ein Fachwort aus der Satzung der Vereinten Nationen. Es ist hier die Frage, ob es einen inhaltlichen Unterschied gibt zwischen dem Weltfrieden und dem «normalen» Frieden. Im englischen Original der Satzung der UN wird eine Differenzierung zwischen «International Peace» und «Peace» vorgenommen. Wir gehen davon aus, dass die Schwerpunkte bei der Quantität der Staaten und der jeweiligen Bevölkerung, die Finanz- und Bankressourcen, Rohstoffe und die Rüstungsindustrie liegen.

Was kollektive Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen (universelle kollektive Sicherheit) betrifft, stellt die Satzung der UN für uns die rechtliche Grundlage dar. Im Gegensatz zum Statut des Völkerbundes bietet die Satzung der Vereinten Nationen einen einzigartigen Mechanismus für die Sicherung des Friedens.

Die Merkmale dieses Systems sind die Vorschriften der Satzung der Vereinten Nationen, die ein Gewaltverbot, die Herrschaft des Rechts, die Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Konflikten, die kollektive, gemeinschaftliche Ausführung von Sanktionierungen und Umsetzung anderer Beschlüsse des Sicherheitsrates, die Bereitschaft zur kollektiven Verurteilung von Kriegstreibern und Kriegsverbrechern im gemeinsamen Interesse, die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten festgelegt haben.

Universelle kollektive Sicherheit gilt im System kollektiver Sicherheit.

Beim System kollektiver Sicherheit mit der zentralen Rolle der Vereinten Nationen kann man zwischen politischen, rechtlichen, operativen, früherkennenden und administrativen Bestandteilen unterscheiden. Gemäß dieser Differenzierung sind in diesem System der UN folgende Institutionen zu nennen: Der Weltsicherheitsrat und die Generalversammlung als oberste politische Institutionen, der Weltgerichtshof als rechtliche Instanz, die Blauhelmsoldaten und die militärischen Beobachter mit dem Generalstabsausschuss als operative und militärische Institutionen und schließlich das Sekretariat mit dem Generalsekretär als größte administrative Institution.

Es scheint, dass die Generalversammlung, der Weltsicherheitsrat, der Weltgerichtshof und der Generalsekretär die wichtigen Bestandteile dieses Systems sind.

Andere Autoren meinen, dass sich alle Hauptorgane mit dem Problem des Weltfriedens und der Sicherheit auseinandersetzen.

Das System kollektiver Sicherheit der UN erfüllt in hohem Maße die meisten Voraussetzungen für das Funktionieren kollektiver Sicherheit, weist allerdings eine verhängnisvolle Schwäche auf. Die Funktionsfähigkeit des universalen Systems kollektiver Sicherheit wirft heute viele Fragen auf.

Nach unserer Auffassung ist die Ursache in der Nichterfüllung aller Vorschriften der Satzung der UN zu sehen. Deswegen wird man auch nicht alle Mittel zur Lösung des Sicherheitsproblems anwenden.

Unser Beschluss ist aktive Verwendung aller Vorschriften der Satzung der Vereinten Nationen. Das sind die Normen über den Generalstabsausschuss und die Streitkräfte der UN. Meistens stehen sie im Kapitel VII der Satzung der UN.

Der Generalstabsausschuss wurde im Jahre 1945 gegründet und übernimmt sogar heute keine Pflichten. Das ist ein Passivorgan, das dem Sicherheitsrat beigeordnet ist.

Es steht fest, dass man die Aktivitäten des Generalstabsausschusses eingesetzt werden müssen. Gemeinsam mit den Streitkräften der UN, die ganz und gar nicht gegründet wird, bilden sie den militärischen Teil der UN. Es ist keine Möglichkeiten abzusehen, dem Generalstabsausschuss neue Funktionen aufzuerlegen.

Was die Generalversammlung – die Vollversammlung der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen – betrifft, so muss sie nur in ihrem ersten Hauptausschuss die Sicherheits- und Friedensprobleme ausführlich behandeln. Die Vertreter der Staaten können auch solche Fragen besprechen und die Resolutionen zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit verabschieden. Im Gegensatz zu den Resolutionen des Sicherheitsrates sind diejenigen der Generalversammlung völkerrechtlich nicht bindend, können jedoch dadurch politisches Gewicht haben, dass sie den Entschluss einer Mehrheit der Mitgliedstaaten darstellen.

Der Generalsekretär ist oberster internationaler Beamter der UN. Er trägt – von der Haushaltsvorbereitung über das Personalmanagement bis hin zur Durchführung von Operationen der UN – die primäre Verantwortung für die administrative Effizienz der Organisation.

Wir sind sicher, dass der Generalsekretär der UN bei Personal- und Haushaltsfragen mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten muss.

Die meisten Probleme aber sind mit dem Weltsicherheitsrat und dem Weltgerichtshof verbunden. Der Schwerpunkt liegt hier bei der Reformierung dieser beiden Organen.

Der Weltgerichtshof – das höchste Rechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen – ist die rechtliche Komponente des universellen Systems kollektiver Sicherheit.

Was diesen betrifft, so ist es nötig die verbindliche Gerichtsbarkeit vorbehaltlos anzuerkennen. Dann werden alle internationalen Konflikte nur vor diesem Gericht gelöst. Im Unterschied zu Deutschland erkennt die Republik Belarus zum Beispiel die Gerichtsbarkeit des Weltgerichtshofs nicht an. Beim Ausbruch eines Konfliktes müssen sich die Staaten zuerst an das Rechtsprechungsorgan wenden, weil dessen Entscheidungen zur friedlichen Beilegung von Konflikten verpflichten. Der Weltgerichtshof ist nicht die einzige Möglichkeit, den Konflikt friedlich beizulegen, aber, wie wir meinen, die annehmbarste.

Der Weltsicherheitsrat oder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (SRVN) ist das politische Organ innerhalb dieses Systems kollektiver Sicherheit.

Gemäß Satzung der UN trägt der SRVN als das wichtigste Exekutivorgan der UN die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Der Weltsicherheitsrat bildet eine Art Weltdirektorium.

Jetzt sind in diesem Gremium 15 Staaten vertreten: Fünf ständige Mitglieder (das sind die Volksrepublik China, Frankreich, Russland – als Nachfolger der Sowjetunion –, das Vereinigte Königreich sowie die Vereinigten Staaten von Amerika) und zehn nichtständige. Sie wurden von der Generalversammlung für jeweils zwei Jahre gewählt.

Während eine Erweiterung des Rates um neue nicht ständige Sitze – nach dem Vorbild der Erhöhung der Zahl dieser Sitze von sechs auf zehn im Jahre 1963 – allgemeine Zustimmung fand, bestand keine Einigkeit über die Schaffung neuer ständiger Sitze. Derzeit wird diskutiert, weitere ständige Mitglieder in den Rat aufzunehmen. Brasilien, Indien, Japan und Deutschland erklärten, sich gegenseitig im Bemühen um einen ständigen Sitz zu unterstützen. Weiterhin könnte im Rahmen der Reform auch ein afrikanischer Staat aufgenommen werden. Nigeria ist hierbei neben Südafrika und Ägypten im Gespräch.

Wenn die Erweiterung des Weltsicherheitsrates organisiert wird, so muss das anscheinend nur nichtständige Mitglieder tangieren oder auch die ständigen Mitglieder, aber ohne ihnen das Vetorecht zu gewähren.

Die Erweiterung stellt aber eine Streitfrage dar, weil alle Staaten einen Sitz im Sicherheitsrat bekommen möchten. Deswegen sind wir gegen die Erweiterung, weil man dann bei wichtigen Fragen keinen Konsens erreichen kann.

Das Vetorecht haben die fünf ständigen Mitglieder. Jedes ständige Mitglied hat schon mehrmals das Vetorecht in Anspruch genommen. Immer wieder wird insbesondere die mögliche Blockade des SRVN durch die ständigen Mitglieder kritisiert und ein Reformbedarf angemahnt. Da jedes der ständigen Mitglieder das Vetorecht besitzt, können sie auf diesem Wege wichtige Entscheidungen gegenseitig blockieren. Die anderen nichtständigen Mitglieder haben dieses Recht nicht – sie können praktisch nichts dagegen unternehmen.

Es scheint, dass man auf das Vetorecht verzichten und die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit treffen muss.

Ein Sicherheitsrat, in dem jeder Mitgliedstaat gemäß seinem Bevölkerungsanteil gerecht repräsentiert und mit Vetorecht ausgestattet wäre, wäre praktisch handlungsunfähig, da es nahezu unmöglich ist, für konkrete und bindende Entscheidungen einer gewissen Tragweite einen Konsens von 192 Staaten zu erwirken. Eine wirklich «gerechte» Umgestaltung des Weltsicherheitsrats könnte somit nur in Verbindung mit einer grundlegenden Reform der gesamten Vereinten Nationen vonstatten gehen, unter Konsolidierung von Rolle und Kompetenzen der Generalversammlung.

Die wichtigste Möglichkeit des SRVN sich zu äußern, besteht in der Verabschiedung von Resolutionen. Die Mitglieder der UN kommen überein, die Beschlüsse des Weltsicherheitsrats anzunehmen und durchzuführen. Deswegen ist der SRVN das einzige Organ, das verbindliche Entschlüsse annehmen darf.

Zu den in der Satzung der UN niedergeschriebenen Kompetenzen gehört es auch, untere Organe und Gremien einzusetzen; Konflikte und Situationen zu untersuchen; Maßnahmen zu empfehlen und Pläne für ein System zur Rüstungsregelung auszuarbeiten. Darüber hinaus obliegt ihm das Recht, eine Bedrohung des Friedens oder Angriffshandlungen festzustellen sowie Gegenmaßnahmen zu empfehlen. Außerdem kann der Weltsicherheitsrat seine Mitglieder auffordern, friedliche Sanktionen und andere Maßnahmen zu ergreifen, um Angriffshandlungen zu verhindern.

Es sind demnach viele Varianten zur Reformierung des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen beziehungsweise der Hauptorgane vorhanden. Viele Berichte, Vorschläge und Untersuchungen werden gemacht. Aber keine Veränderungen im System kollektiver Sicherheit wurden gefolgt. In einem Bericht vom September 2002 erklärte der ehemalige Generalsekretär Kofi Annan, der Prozess der Weltsicherheitsratsreform sei zu einem Stillstand gekommen. Tatsächlich hatten zu diesem Zeitpunkt fast zehnjährige Verhandlungen auf den verschiedensten Ebenen in eine Sackgasse geführt.

Unser Standpunkt, der sehr einfach ist, halten wir für effektiv. Man muss zusätzlich zur Reformierung der Hauptorgane auch eine aktive Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen im Bereich der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit entwickeln. Ihr Beitrag zum Kampf für den Frieden ist allgemein anerkannt.

Die Hauptorgane und ihre Tätigkeit bilden das moderne System kollektiver Sicherheit aus, das sich auf alle Vorschriften der Satzung der UN gründen muss. Nur danach können wir das System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen nicht nur als gutes Konzept bezeichnen, sondern dies auch nachweisen.